



## Initiative für Bezirkszentren ins Parlament eingebracht

von Stephan Tromp, MdA

Viele Bezirkszentren führen seit Jahren einen Existenzkampf. Doch wir brauchen sie als Standort für Einzelhandel, Dienstleistung und Verwaltung. Doch wie können sich die Bezirkszentren gegen die 'Grüne Wiese' behaupten? Wie machen wir diese Zentren wieder attraktiv? Die Antwort lautet: BIDs, kurz für Business Improvement Districts. Die Idee stammt aus Kanada. Heute bereits existieren BIDs an über 1.200 Standorten weltweit, u. a. am Times Square in New York. In London und Hamburg sollen demnächst auch BIDs gegründet werden. Aber was ist ein BIDs? BIDs sollen den Immobilienbesitzern und Gewerbetreibenden in den Berliner Bezirkszentren die Möglichkeit eröffnen, Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung ihres Standortes auf eine breitere, verlässlichere und längerfristige Basis zu stellen. Zu den Aufgaben dieser Standortgemeinschaften gehören beispielsweise die Verbesserung von Sauberkeit, Sicherheit und der Infrastruktur. Hinzu kommen die Schaffung eines einheitlichen Erscheinungsbildes, die Optimierung des Branchenmixes sowie eine bessere Vermarktung. Bei den bisherigen auf Freiwilligkeit

basierenden Interessens- und Arbeitsgemeinschaften gibt es oft das Problem der Trittbrettfahrer, die von den Initiativen der Gemeinschaft profitieren, jedoch nicht bereit sind, dafür zu zahlen. Außerdem ist es oft sehr schwer, auch die Immobilienbesitzer zu motivieren, sich für die Bezirkszentren zu engagieren. Mit der Gesetzesinitiative wird die Möglichkeit geschaffen, alle zu aktivieren. Wenn es eine Mehrheit für die Einrichtung eines BIDs gibt, werden alle in die Pflicht genommen, es profitieren aber auch alle vom Erfolg. Wir wollen die Berliner Bezirkszentren beleben. Die CDU-Fraktion hat deshalb jetzt unter Mitwirkung des Berliner Einzelhandels einen Gesetzentwurf erarbeitet und ins Parlament eingebracht, der den Rahmen für die Gründung von BIDs schafft. Um deutlich zu machen, dass alle Akteure am Standort eingebunden werden sollen, erhielt der Gesetzentwurf den Namen 'Gesetz zur Gründung und zu den Aufgaben einer Standortgemeinschaft' – kurz 'Standortgemeinschaftsgesetz'.

Gerade in Zeiten, wo Berlin kein Geld hat, um eigene Initiativen zu starten, ist es wichtig, die Bürger zu aktivieren. Mit dieser Gesetzesinitiative wollen wir die Voraussetzungen hierfür schaffen.



Drei für die Innenstadt: RA Holger Schmitz, Stephan Tromp, MdA und Nils Busch-Petersen

## Urbanität gestalten: Der Hackesche Markt

Eine Aktion zur Begleitung der Einführung der Markttage

Die Ortsverbände **Alexanderplatz** und **Rosenthaler Platz** haben sich in den letzten Monaten intensiv mit der Entwicklung der Markttage am Hackeschen Markt auseinandergesetzt.

Am Anfang standen Gespräche im Februar 2004 mit anliegenden Gewerbetreibenden und Anwohnern, die ihre Wünsche und Kritikpunkte zur Einführung von Markttagen am Hackeschen Markt vortrugen. Diese wurden in einem Beschluss der Ortsverbände im März 2004 zusammengefasst. Die Kritik an der Bezirksstadträtin Dubrau und unsere Gestaltungs- und Angebotsvorschläge (Waren, die in den Werkstätten der Spandauer Vorstadt produziert wurden) wurden auch öffentlich aufgegriffen und vorgestellt.

Im August/September führten die Ortsverbände eine Befragung auf dem Hackeschen Markt nach „100 Tagen Markttage“ durch. Der Text des Fragebogens war mit dem Fraktionsvorsitzenden und weiteren Mitgliedern der CDU BVV-Fraktion abgestimmt worden. An

Händler, Marktbesucher, anliegende Gewerbetreibende und Anwohner wurden Flugblätter mit den Fragen an mehreren Markttagen verteilt. Im September lagen die Ergebnisse der Umfrage vor. Sie wurden an die BVV und die Marktbetreiber weitergegeben. Außerdem wurden die Schlussfolgerungen aus der Umfrage öffentlich gemacht: In einer Pressemitteilung wurden die wichtigsten Erkenntnisse vorgestellt und an verschiedenen Markttagen wieder an die oben genannten Zielgruppen verteilt.

Im Oktober luden die Ortsverbände für Anfang November zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU in der BVV und den Marktbetreibern ein. Mit den 20 anwesenden Händlern, Anwohnern (Mietervertreter) und den Marktbetreibern wurden die nächsten Schritte zur Verbesserung der Marktsituation, die im Frühjahr erfolgen sollen, diskutiert.

**Lutz Stroppe**  
Vorsitzender OV Alexanderplatz



Die Markttage machen den Hackeschen Markt noch attraktiver.

## Parallelgesellschaften auch in Mitte nicht akzeptieren

von Frank Henkel, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Die Integration von Ausländern stellt eine der größten Herausforderungen auch in unserem Bezirk dar. In den Nischen unseres Gemeinwesens bilden sich Parallelgesellschaften heraus, in denen nicht nur andere kulturelle Werte, sondern mit Zwangsheirat und Blutrache scheinbar auch andere Gesetze vorherrschen. Die Politik darf hier nicht tatenlos zusehen, sondern muss Stärke und Entschlossenheit demonstrieren. Andernfalls verfestigen sich gerade hier Kriminalität und Verslumung in den Kiezen.

Wohin das führen kann, hat der religiös motivierte Mord am niederländischen Künstler Theo van Gogh vor wenigen Wochen gezeigt. Es wäre sicher falsch, der überwiegenden Mehrheit der Einwanderer eine bewusste Ausgrenzung und Abkehr vom Verfassungsstaat zu unterstellen. Vielmehr muss denjenigen, die ihre Bereitschaft zur Integration zeigen, unsere Hand dargeboten werden. Verbindliche Sprachtests und die Wahrung einer ausgewogenen Sozialstruktur in den Quartieren können dabei helfen, Ausländer bei der Integration in unsere Gesellschaft zu un-

terstützen. Bestimmte identitätsstiftende Standards des Zusammenlebens in unserem Gemeinwesen müssen jedoch für alle verbindlich sein. Dazu zählen Verfassungstreue und ein prinzipielles Bekenntnis zur deutschen Leitkultur. Wer nicht bereit ist, diese Grundsätze zu befolgen, darf keine Toleranz von Gesellschaft und Politik erwarten.

Wer sich weigert, die deutsche Sprache zu erlernen sowie Toleranz gegenüber anderen Religionen und Meinungen zu üben, hat sein Bleiberecht verwirkt. Unser Bundespräsident Horst Köhler hat diese Position in einer vielbeachteten Rede auf den Punkt gebracht: „Ohne gemeinsame Basis ist kein Zusammenleben möglich. Keine Gruppe darf aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, keine aber darf sich auch selbst ausschließen.“

Wer es dennoch tut, sollte mit der Handlungsbereitschaft und Wehrhaftigkeit unserer Gesellschaft rechnen.



Frank Henkel,  
innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

## Diskussion im Lichtburg-Forum am Gesundbrunnen

Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Historiker, und Dr. Johannes von Thadden, Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschland, diskutierten unter der Moderation von **Stephan Tromp, MdA** am 15.11. im Lichtburg-Forum am Gesundbrunnen. Thema des Abends war: „Die CDU – zwischen Verantwortung und Niederlage“.



Stephan Tromp, Prof. Dr. Michael Wolffsohn und Dr. Johannes von Thadden im Gespräch (v.l.)

Im Mittelpunkt stand die Frage, welche grundsätzlichen Vorschläge die Union als Oppositionspartei erarbeiten muss, um sich für die Bundestagswahl 2006 erfolgreich als Alternative zur rot-grünen Bundesregierung zu profilieren. Natürlich spielte auch eine Rolle, bis zu welchem Maß man im Ringen über die zukünftigen politischen Positionen auch einen Streit mit der Schwesterpartei CSU in Kauf nehmen muss. Auch wenn dieses kurzfristig negative Schlagzeilen in der Öffentlichkeit bringt. Gerade erst am Wochenende vor der Veranstaltung hatten sich die Spitzen von CDU und CSU auf den Kompromiss zur Gesundheitsreform geeinigt. Dies hatten viele der Gäste bei ihren Beiträgen vor Augen. Letztendlich wurde die Notwendigkeit einer generellen Wertedebatte in Deutschland gesehen, um das Fundament für die zukünftige Politik in einer globalisierten Welt zu legen. Einig waren sich alle Anwesenden, dass die Union hier klare Vorstellungen einbringen kann. Gerade in Zeiten wo Menschen wieder stärker als in der Vergangenheit nach Werten suchen, stellt die Union mit ihrem Menschenbild eine verlässliche Stütze dar.

## Marketing für die Hauptstadt

Zu Gast beim Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, **Klaus Brähmig**, war der **OV Nettelbeck**. Grund hierfür war der Antrag der Bundestagsfraktion, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Marketingkonzept für die Hauptstadt vorzulegen (Bundestags-Drucksache 15/3491). Mit dieser Initiative will die CDU-/CSU-Fraktion die weltweite Präsentation Berlins weiter verbessern und damit auch das Bild Deutschlands in der Welt positiv beeinflussen, erklärte Klaus Brähmig.



Klaus Brähmig (2.v.l.) diskutiert mit den Mitgliedern des OV Nettelbeck